Deutscher Bundestag **Drucksache 19/17074**
19. Wahlperiode 07.02.2020

Antwort
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Pia Zimmermann, Susanne Ferschl, Matthias W. Birkwald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 19/16695 –

Pflegeausgaben in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Bundesministerin der Verteidigung, Annegret Kramp-Karrenbauer, hat im November 2019 die Überprüfung des deutschen Sozialsystems als „großen Punkt auf der Reformagenda“ ihrer Partei bezeichnet: „Wir haben ein Sicherungssystem aufgebaut, das heute an die Grenzen des Machbaren und des Möglichen stößt.“ Neben der Rentenversicherung nannte sie hierbei ausdrücklich auch die Pflegeversicherung (www.sueddeutsche.de/politik/kramp-karrenbauer-wirtschaftsgipfel-cdu-europa-1.4680325).

1. Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten zehn Jahren das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Länder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sowie der Länder der Europäischen Union (EU)?

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Staaten der „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ (OECD) seit 2010 (in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung GDP at current prices and exchange rates) ist nachfolgender Quelle zu entnehmen: https://www.oecd-ilibrary.org/docserver/g2g9fe48-en.pdf?expires=1580835222&id=id&accname=oid018224&checksum=ABAAE62367A41CAFC6944EA221C077E7.

2. Wie hoch waren nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten zehn Jahren mit verfügbaren Daten die öffentlichen Gesamtausgaben für Langzeitpflege in den einzelnen OECD- und den EU-Ländern (bitte gesundheitliche und soziale Komponenten getrennt ausweisen)?

Die öffentlichen Ausgaben für Langzeitpflege in den zehn Jahren von 2008 bis 2017 in den einzelnen OECD-Staaten sind der folgenden Tabelle zu entnehmen; Zeitreihendaten liegen in der Quelle OECD-Datenbank OECD.Stat (https://stats.oecd.org/Index.aspx?QueryId=30140) nur für die gesundheitliche Komponente der öffentlichen Ausgaben für die Langzeitpflege vor.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Gesundheit vom 5. Februar 2020 übermittelt.
Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Government/compulsory schemes in Long-term care (health) as share of gross domestic product

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Australia	0,0**	0,0**	0,0**	0,1**	0,1**	0,2**	0,2**	0,2**	0,2**	0,2**	
Austria	1,0	1,0	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,1	1,1
Belgium	1,7	1,8	2,0	2,0	2,0	2,1	2,1	2,2	2,1	2,0	2,1
Canada	1,3	1,3	1,4	1,4	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3
Czech Republic	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,9	0,9	0,9	0,9	1,0
Denmark	2,1	2,1	2,4	2,3*	2,2	2,2	2,3	2,3	2,3	2,3	2,3
Estonia	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Finland	1,2	1,2	1,3	1,3	1,4	1,5	1,4	1,4	1,6	1,5	1,5
France	1,0	1,1	1,2	1,2	1,2	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3
Germany	1,0	1,0	1,1	1,1	1,1	1,1	1,2	1,2	1,2	1,3	1,5
Greece			0,0*	0,1	0,0	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1
Hungary	0,2	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2
Iceland	1,7	1,6	1,6	1,5	1,7*	1,6	1,7	1,7	1,7	1,7	1,7
Ireland					2,0*	2,0	1,9	1,8	1,3	1,4	1,3
Israel	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4		
Italy						0,7*	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Japan	0,6	0,6	0,7	0,7	0,7	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	
Korea	0,1	0,2	0,3	0,4	0,4	0,4	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6
Latvia	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3
Lithuania	0,3*	0,5	0,7	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Luxembourg	1,0	1,1	1,2	1,2	1,0*	1,2	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9
Netherlands	2,1	2,2	2,3	2,4	2,5	2,7	2,7	2,7	2,5	2,5	2,5
New Zealand	1,1										
Norway	1,9	2,0	2,3	2,3	2,2	2,3	2,3	2,4	2,6	2,7	2,7
Poland	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3	0,4	0,4	0,4
Portugal	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Slovak Republic	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0*	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Slovenia	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8	0,9*	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
Spain	0,5	0,6	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Sweden	0,6	0,6	0,7	0,6	2,6*	2,7	2,7	2,7	2,7	2,7	2,7
Switzerland	1,2	1,3	1,4	1,3	1,4	1,5	1,5	1,5	1,5	1,6	1,6
United Kingdom							1,2*	1,2	1,2	1,2	1,2
United States	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6	0,6	0,5	0,6	0,6	0,6	0,6

* break
** difference in methodology
Leerzellen teilweise keine Angabe in der Datenbank enthalten.

Quelle: OECD.Stat

3. Auf welche Höhe schätzt nach Kenntnis der Bundesregierung die OECD die privat finanzierten Langzeitpflegekosten in Deutschland (Anteil am BIP und absolute Höhe)?

Die OECD schätzt die privat finanzierten Langzeitpflegekosten in Deutschland für 2017 auf 0,472 Prozent des BIP (Quelle: OECD.Stat, https://stats.oecd.org/Index.aspx?QueryId=30140). Dabei ist zu berücksichtigen, dass darunter gemäß OECD-Methodik auch die Kosten für Unterkunft und Verpflegung in den stationären Pflegeeinrichtungen fallen. Die privat finanzierten Langzeitpflegekosten werden in der Statistik der OECD nicht in absoluter Höhe ausgewiesen.

4. Welches BIP und welche Ausgaben für Pflege für Deutschland (Höhe und Quelle) für die Jahre 2015 bis 2017 lag den Berechnungen in der Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Sabine Weiss auf die Schriftliche Fragen 76 und 77 der Abgeordneten Pia Zimmermann auf Bundestagsdrucksache 19/15365 zugrunde?

   Wie sind die nicht durch Rundungsabweichungen erklärbaren Diskrepanzen in der Antwort auf die Schriftliche Frage 77 zustande gekommen, die sich aus den in der Antwort angegebenen relativen Anteilen der öffentlichen Langzeitpflegeausgaben am deutschen BIP und dem aus diesen Prozentwerten und den Angaben zu der absoluten Höhe der öffentlichen Langzeitpflegeausgaben rückgerechneten deutschen BIP im Vergleich zu den für die jeweiligen Jahre durch das Statistische Bundesamt veröffentlichten Angaben zum BIP ergeben (zur Erläuterung: 2015 macht eine Differenz von 1,1 Prozentpunkten BIP 27 Mrd. Euro aus, was einem hochgerechneten BIP von 2.454,6 Mrd. Euro entspricht, laut Statistischem Bundesamt waren es aber 3.030,1 Mrd. Euro; für 2016 ergibt die analoge Hochrechnung für 1 Prozentpunkt ein BIP von 2.400 Mrd. Euro, laut Statistischem Bundesamt 3.134,1 Mrd. Euro; für 2017 ergibt die analoge Hochrechnung für 0,8 Prozentpunkte 2.625 Mrd. Euro, laut Statistischem Bundesamt 3.245 Mrd. Euro)?

Die in der Antwort der Bundesregierung auf die schriftlichen Fragen 76 und 77 der Abgeordneten Pia Zimmermann (Bundestagsdrucksache 19/15365) dargestellten öffentlichen Ausgaben in Prozent am BIP wurden nicht von der Bundesregierung berechnet, sondern – wie in der Antwort als Quelle ausgewiesen – der Veröffentlichung OECD, Health at a glance, 2019 aus der Rubrik „Long-term care (health)“ entnommen. Lediglich die Anteilswerte für „Skandinavien“ wurden als ungewichteter Mittelwert aus den Anteilen dieser vier Staaten berechnet.

Ausgehend von tatsächlichen Pflegeausgaben für die drei in der Antwort genannten Jahre wurde mit den OECD-Quoten ein BIP-Rechenwert ermittelt, aus dem die hypothetischen Anpassungsbedarfe bestimmt wurden. Diese Hochrechnung entspricht nicht dem BIP-Ergebnis des Statistischen Bundesamts. Geht man methodisch alternativ nicht von den Ausgaben für Pflege, sondern vom BIP aus, könnten über die OECD-Quoten die jeweiligen Ausgaben errechnet werden; diese entsprächen dann allerdings nicht den auf Basis amtlicher nationaler Statistiken berichteten Ausgaben für Langzeitpflege.

Dies verdeutlicht, dass verschiedene Institutionen unterschiedliche Rechenmethoden und Abgrenzungsdefinitionen verwenden, die zu abweichenden Ergebnissen führen können. So ergeben sich zwischen dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und den Vereinten Nationen zum Teil erhebliche Abweichungen der Ergebnisse für das BIP.

Die mit Blick auf die Ausgaben für Langzeitpflege berichteten Relationen der Unterschiede zwischen Deutschland und der OECD einerseits und Skandinavien andererseits bleiben unverändert, wenn zum Vergleich BIP-Beträge anderer, international vergleichender Quellen angesetzt werden. Unabhängig von der zugrunde gelegten Quelle des BIP bleibt es daher mit Blick auf die Quote aus Pflegeausgaben zum BIP bei dem Ergebnis, dass sich Deutschland im Zeitverlauf positiv vom OECD-Durchschnitt abhebt (und sich bei dieser Vergleichsgröße auch der Abstand zu Skandinavien reduziert).

Insgesamt ist anzumerken, dass ein Systemvergleich zwischen sehr unterschiedlich ausgestalteten Pflegesicherungssystemen nur anhand der Kennzahl öffentliche Pflegeausgaben am BIP aus methodischen wie fachlichen Gründen unzureichend erscheint.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co. KG, Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333